

Erfüllung seines Zweckes erreicht der proletarische Staat durch möglichst beschleunigte Annäherung an sein Ziel. Mit der progressiven Enteignung des Privateigentums erledigt sich organisch seine Aufgabe. Mit der Entziehung der Rechtsmittel auf ihr Privateigentum werden die Existenzbedingungen der Bourgeoisie liquidiert, sie selbst als Klasse aus der Geschichte ausgerollt; die Menschen, die bisher als Inhaber von Privateigentum dieser Klasse angehörten, in Nichts überführt, in Proletariat verwandelt. In dem gleichen Augenblicke, in welchem die ökonomische Eigenschaft dieser Menschen sich in ihr Gegenteil verkehrt, erhält auch ihre politische Stellung das umgekehrte Vorzeichen. Die Verwandlung in Proletariat verleiht ihnen gleiche politische Rechte, wie sie allen Proletariern zustehen, gliedert sie also automatisch in die Organisation der arbeitenden Klasse, den proletarischen Staat, die Räterepublik. — Bedingung ist jedoch die Bereitschaft zur produktiven Arbeitsleistung im Interesse der Gesamtheit.

Nun erheben sich aber bei der Enteignung eines besonderen Rechtstitels auf Privateigentum, nämlich des Geldes, außerordentlich große Schwierigkeiten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil dieser auch im proletarischen Staat zunächst noch als gesetzliches Zahlungsmittel fungiert und als solches unersetzlich ist. Den Mitgliedern der Bourgeoisie würde kraft dieser Tatsache, die ihnen bis zum allerletzten Moment noch die Tür zur Privateigentumsanhäufung offen läßt, auch dann, wenn ihnen der proletarische Staat bereits sämtliche anderen Rechtsmittel auf Privateigentum gestrichen hätte, noch die Möglichkeit bleiben, die Bedingung zu ihrer Aufnahme in den proletarischen Staat (Bereitschaft zur produktiven Arbeitsleistung im Interesse der Gesamtheit) zu umgehen. Um dieser Möglichkeit von vornherein vorzubeugen und um gleichzeitig den Assimilationsprozeß der Bourgeoisie an dem proletarischen Staat zu beschleunigen und außerdem die in den Mitgliedern der Bourgeoisie steckenden Fähigkeiten für die Allgemeinheit dienst- und nutzbar zu machen, vervollständigt sich die Reihe der typischen Kriterien des politischen Räte systems durch das Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht für die gesamte, innerhalb des Staatsterritoriums wohnende Bevölkerung. Indem der proletarische Staat den biblischen Ausspruch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ zum leitenden Staatsprinzip proklamiert (Verfassung der Russischen Sowjetrepublik), lehrt er sie erkennen, daß alleinig gemeinschaftliches Arbeiten im Interesse der Gesamtheit eine weit größere Produktivität und allgemeine menschliche Wohlfahrt zeitigt, als individuelles Konkurrenzstreben im Sonderinteresse des Individuums.

Zwecks Abschaffung von schmerzhaften Gesellschaftsschichten und zur Insandsetzung der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt. (Die Verfassung der R.S.F.S.R., Abschnitt I, Art. 2, Abs. 3, Berlin-Wilmersdorf, 1918).

Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, auch die Herren Bourgeois, die ihrer Güter verlustigen Herren Oubtesitzer und die Intellektuellen mit gesichertem Einkommen, auch diese Leute, zum allgemeinen Nutzen zur Arbeit zu zwingen. Wie soll das geschehen? Durch Einführung von Arbeitsbüchern und der allgemeinen Arbeitspflicht. (N. Bucharin: „Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki)“, Berlin 1919).

„Durch planmäßige durchgeführte Arbeitspflicht und durch zentralisierte Organisation der Verteilung wird die ganze Bevölkerung des Landes in das allgemeine Wirtschaftssystem der Sowjets und die Selbstverwaltung hineingezogen werden. Die Sowjets selbst, gegenwärtige Machtorgane, werden sich in rein wirtschaftliche Organismen verwandeln.“

„Der Arbeiterstaat wählt sich zahlreiche Bedienen von Angestellten, im bedeutenden Maß aus den Kreisen der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz. Nach Maßgabe ihrer Disziplinierung durch das Sowjetregime finden sie ihre Vertretung im Sowjetsystem. Indem es sich erweitert — oder zuweilen verengert — entsprechend der Erweiterung oder Verengung der von Proletariat vertretenen sozialen Stellungen, bleibt das Sowjetsystem der Staatsapparat der sozialen Revolution, in ihrer inneren Dynamik, ihrer Erbe und Flut, ihren Fehlern und Errungenschaften. Gleichzeitig mit dem endgültigen Siege der sozialen Revolution wird sich das Sowjetsystem auf die ganze Bevölkerung ausdehnen, um somit die Züge eines Staatswesens zu verlieren und in einer mächtigen Produktions- und Konsumgenossenschaft aufzugehen.“ (L. Trotsky: „Terroismus und Kommunismus Anti-Kautsky“.)

Resümieren wir in den angeführten und erläuterten Prinzipien charakterisiert sich Wesen und Gestalt des proletarischen Räte systems. In ihnen unterscheidet er sich grundlegend von allen anderen Staatsystemen, insbesondere auch von den Staatsformen des modernen Zeitalters, der absolutistischen und aufgeklärten Monarchie und der demokratischen Republik.

Zusammengefaßt läßt sich nun folgende exakte Definition des Begriffs des proletarischen Staates geben: Der proletarische Staat ist der von Proletariat als Klasse repräsentierte Staat mit dem Inhalt der politischen Unterdrückung der Bourgeoisie und dem Ziele der Ueberführung des Privateigentums in den Besitz der arbeitenden Gesamtheit, der auf Leichten wirtschaftlichen Beziehungen bzw. Kommunen als primären Wahlversprechungen zu seinen mit einheitlicher legislativer, exekutiver und jurisdiktioneller Gewalt ausgestatteten Instanzen, deren Mitglieder unter dem Grundsatze der Besoldung nach dem Niveau des mittleren Arbeitslohns ihrer Wahlkörperchaft unbedingt verantwortlich sind und von dieser jederzeit zurückberufen werden können, basiert und unter unbedingter Ergänzung durch wirtschaftliche Räteorgane und die revolutionäre Partei- und Betriebsorganisation die Wahrhaftigkeit sämtlicher Beamten, die allmähliche und unehliche Heranziehung aller Staatsangehörigen zu seinen Verwaltungsgeschäften, die Bewaffnung des Proletariats als Klasse und die allgemeine Arbeitspflicht zu leitenden Staatsprinzipien erhebt.

Je intensiver der proletarische Staat von diesen zwölf Prinzipien durchwirkt und beherrscht ist, desto höher seine Entwicklung — desto kleiner die Distanz von der kommunistischen Menschheitsgemeinschaft, seinem letzten Ziel. So blüht das politische Bewusstsein nicht allein der Machthebenden, sondern der Kommunisten in der Hand des Proletariats, sondern so werden diesem seine jeweilige Form und sein Aufbau zugleich zum Maßstab und Gradmesser für die Tatsachen und Möglichkeiten der Realisierung des kommunistischen Gedankens schlechthin!

Staat und Wirtschaft.

Die Stützen des deutschen Staates sind morsch, so morsch, daß der gestern noch äußerlich fest erscheinende Bau in allen Fugen kracht. Ausländisches und inländisches Kapital, Schwerindustrie und Großhandel haben nicht nur kein Vertrauen mehr zu diesem Staate; sie arbeiten vielmehr seit langem gemeinsam an der völligen Ausschaltung dieses ihren Interessen hinderlichen Staates. Und sie haben es fast erreicht. Der Bankrott ist da. Das Zahlungsmittel des Reiches, die Mark, hat jeden Wert verloren. Nicht nur, daß das Ausland kein Vertrauen mehr zur Mark hat, nein, das ganze Land will sich ihrer als Zahlungsmittel nicht mehr bedienen. Der Bauer hält seine Waren zurück, weil er sagt, für die Summe Papiermark, die er eben für irgend eine Ware erhält, kann er in wenigen Tagen nur noch den zehnten oder zwanzigsten Teil Ware kaufen.

Handel und Industrie rechnen längst nach Dollar und Goldmark, und nehmen die Mark höchstens noch als Zahlungsmittel, aber oft auch das nicht, jedoch nie als Wertmesser. Am Sterbebette dieses Staates aber — dem andere natürlich folgen werden — steht die Sozialdemokratie und die ihr Gefolgschaft leistende Gewerkschaftsbürokratie und macht verzweifelte Anstrengungen zur Rettung. Auf Gedeih und Verderb verbunden mit dem Kapital, ja, ausgehalten von diesem, wird und kann sie nichts unternehmen gegen das selbe. So dienen auch die Mittel nicht dem Kampfe gegen das Kapital, das seine Macht in der Wirtschaft auf den politischen Staatsapparat ausgedehnt hat; sondern es sind nur kleine Hilfsmittel, die die schamlose Ausbeutung und die große Not verschleiern sollen, um dem Kapital und damit sich selbst neue Atempausen zu schaffen.

Diese Mittel — Goldrechnung, Goldsteuern, Goldanleihe — sind nichts als Phrasen, die dazu dient, das Proletariat zu beruhigen. Das deutsche Kapital erkennt die Situation, wenn es Goldrechnung fordert und wertbeständige Löhne bietet. Wertbeständig heißt, den Lohn auf etwa ein Fünftel der Vorkriegszeit halten und wenn er sich trotzdem auf ein Sechstel verringern sollte, ihm wieder auf 5/12 Dreihüftel zu erhöhen.

Aber das deutsche Kapital beurteilt diese Dinge richtig, wenn es sagt, daß finanzielle Maßnahmen der besten Art, das neue Währung, neue Steuern und was sonst zur Abhilfe dienen soll, nichts nützen kann, wenn nicht die Wirtschaft gesundet. Der Staat wird nie gesunden, trotz der 150 Billionen neu angekündigter Steuern, wenn nicht die deutsche Wirtschaft auf eine feste fundierte Basis gebracht werden kann. Die Wirtschaft ist aber todkrank, unrettbar dem Untergang geweiht, nicht als deutsche, sondern als kapitalistische Überlebensfrage.

Die deutsche Wirtschaft aber ist zum Teil schon durchsetzt von ausländischem Kapital; vor allem aber fordert ihr Lebensinteresse die Verströmung, der der Staat mit seinen nationalen Grenzen nur Hindernis bietet.

Genossen! Sorgt für das Weitererscheinen Eurer Presse!

Die Wirtschaft ist das Fundament des Staates, entzieht dies ihm die Unterstützung, so ist das Staatsgebilde ein lebloses Etwas, das nicht durchzustehen vermag. Diese Aussichtslosigkeit erleben wir jetzt, das Kapital nimmt den Machtapparat, soweit es sich seiner bedienen will, aus Gründen gründlicher Ausbeutung in eigene Regie. Die Leiter dieses Staates sind Marionetten, die allerdings mit gutem Solde gelohnt werden.

II. Das Verbrechen am Proletariat. Ist die Wirtschaft heute schon der Staat, d. h. beherrscht sie ihn, so muß man unter dieser Voraussetzung auch der Politik der K.P.D. Stellung nehmen, um ihre Rolle gebührend zu würdigen.

In einer Situation, in der der Staat in seinen Grundfesten wankt, das Kapital eine Krise durchmacht, die zu seinem Untergang führt, fordert die K.P.D. das Proletariat zur Kampfe auf für seine Arbeiter- und Bauernregierung, für wertbeständige Löhne, für Erfassung der Sachwerte, Kontrollausschüsse usw. Das ist nicht nur gewöhnliche Dummelei und Demagogie, das ist Verbrechen am Proletariat, schändlichster Verrat.

Die K.P.D. will nicht Revolution. Sie biedert sich an der nationalen Bourgeoisie, stimmt ein in den antisemitischen Chor, versichert dem Kapital, daß sie nicht bastard, sondern nur gerechten Ausgleich der Lasten fordert. Die deutsche Kommunistische Partei wandelt in den Fußtapfen ihres russischen Vorbildes, steht im Dienste dieses ihres Vorbildes. Sie will die Ausbeutung der Massen nach russischem Muster, um Rußlands Außenpolitik und um des eigenen Wohlergehens willen.

Die Lage ist ernst. Die K.P.D. tritt auf als Leichterträger der S.P.D., ihre Aufgabe erfüllt hat. Noch dient die S.P.D. beim Kapital und schlägt mit aller Brutalität auf den Konkurrenten nieder, aber die Schläge, Proletariat, führt ihr, das Blut, das fließt, ist euer Blut, nicht das der neuen Klassenverräter. Proletariat! Beantworte diese Verbrechen mit der einzig wirklichen Klassenmacht, mit der Zertrümmerung aller parlamentarischen und gewerkschaftlichen Organisationen und der Eroberung der politischen Macht durch die proletarische Klasse.

Die Leiden der Todeskrise überall!

Spanien. Der Getreidehandel liegt vorläufig noch ziemlich still, da genaue Daten fehlen, nach denen man sich ein klares Bild von dem Ergebnis der Ernte machen kann. Im allgemeinen ist wohl kaum mehr als ein mittelmäßiges Durchschnittsergebnis zu erwarten. Denn das Frühjahr hat zwar reichlich Regen gebracht, dafür aber war es merkwürdig kühl, und in manchen Provinzen haben die Heuschrecken ungeheuren Schaden angerichtet. Eine vorübergehende Belebung des Marktes war lediglich auf die Ursache zurückzuführen, daß in Agrarierkreisen Bargeld zur Bezahlung der Erntearbeiter gebraucht wurde. Die Weizenpreise schwanken zwischen 45 und 38 Pesetas für 100 Kilo, wobei, wie immer, Kastilien und Extremadura den Ausschlag geben. Der Verkauf von Mehl zeigt ein ziemlich starkes Angebot, was wohl als Zeichen anzusehen ist, daß noch von der vorigen Ernte reichliche Bestände vorhanden sind. Die Preise für Weizenmehl liegen, je nach Qualität und Provinz, zwischen 62 und 47 Pesetas für 100 Kilo.

Das Geschäft in Reis geht ziemlich schwach, doch wird einer baldigen Besserung der Exportmöglichkeiten gerechnet. Für Safran gilt etwa das gleiche. Beim Handel mit Stockfisch drücken mehr als ausreichende Bestände auf die Preise. Allein im Hafen von Barcelona sollen zurzeit etwa 1350 Tonnen Stockfisch lagern. Die Ausfuhr von Oel ist nach wie vor so gut wie paralysiert, doch verspricht sich viel von dem bevorstehenden Abschluß von Handelsverträgen mit Ländern, die als Abnehmer von Oel in Betracht kommen.

Die schon seit Jahren andauernde Krisis auf dem wichtigsten Markt des Landes, dem der Weinproduktion und -Ausfuhr, hat sich höchstens noch verschärft. Die Ausfuhr nach Frankreich geht ständig zurück, und die Mißstimmung über die dort befolgte, die Interessen des spanischen Weinbaus schwer schädigende Zollpolitik, ist allgemein.

Rußland. Nach Mitteilungen, die der stellvertretende Vorsitzende des „Prombüros“ des Nordwestgebiets eines Mitarbeiters der „Ekononimicheskaja Sishin“ gemacht hat, nimmt die Produktion der metallurgischen Werke Petersburgs zu. Der „Kote Putilow“ hat an Martinangeneisen produziert: im Januar 30 425 Pud, im Februar 48 869 Pud, im März 60 014 Pud. Auf den Ischorwerken belief sich die Produktion in den obengenannten Monaten auf: 47 217, 59 022 und 64 312 Pud. Die Versorgung der Werke mit Rohstoffen macht die größte Sparmaßnahme in der Verwendung der noch in Petersburg vorhandenen Vorräte an Brauseisen notwendig. Keinesfalls darf die Ausfuhr von altem Eisen ins Ausland gestattet werden.

Was die Produktion des übrigen Teils der Schwerindustrie Petersburgs betrifft, so übersteigt der Wert der Produktion in Vorkriegsrubeln im ersten Viertel d. J. nicht den Wert der Produktion der letzten drei Monate des vorigen Jahres. Der Vorsitzende des „Prombüros“ erklärt diese Erscheinung dadurch, daß alle Truista der Schwerindustrie gegenwärtig mit Vorbereitungsarbeiten beschäftigt sind. Es werden Halbfabrikate aufgeführt, die erst in den nächsten Monaten auf den Markt gelangen sollen.

Die Lage der leichten Industrie Petersburgs charakterisierte der Vorsitzende des „Prombüros“ durch Hinweis auf die beständig steigende Anzahl der Arbeiter. Am 1. April belief sich die Zahl der Arbeiter in den Fabriken der Leichtindustrie auf 64 181, d. h. sie wies eine Steigerung um 8,5 Prozent gegen das vorhergehende Vierteljahr auf. Durchschnittlich betrug die Produktion der ganzen Petersburger Industrie im ersten Viertel d. J. nur 37,4 Prozent der Vorkriegsleistung.

Die zuständige Kommission des „Prombüros“ bestätigte die von der Untersuchungskommission beantragte Schließung des von der „Arbeiter-Koppe“ in Petersburg, die Gründe sind: Mangel an Bestellungen auf Formmaschinen, kein Eingang von Bestellungen auf landwirtschaftliche Maschinen und Mangel an Betriebskapital.

Deutschland. Bis vor einiger Zeit brachte fallender Markkurs eine Belebung der gewerblichen Konjunktur. Der hohe Stand der Devisen wirkte auf den Auslandsabsatz anregend ein, da der Ausländer billig kaufen konnte; im Inlande regte eine Verschärfung des Marktes ebenfalls zu Käufen an, mit deren Hilfe man die Gefahren einer weiteren Markentwertung vermeiden wollte. Seit einiger Zeit ist jedoch fallende Mark gleichbedeutend mit rückgehender Konjunktur. Die Berichte des Reichsarbeitsblattes bringen darüber interessantes Material. So waren z. B. im Juni 1922 in gutbeschäftigten Betrieben tätig 5 Prozent der Arbeiterschaft, in bedingend beschäftigten 10 Prozent und in schlecht beschäftigten 10 Prozent. Für den Juni 1923 dagegen lauten die Ziffern 18, 39 und 43 Prozent, das heißt, daß sich im Verlauf eines einzigen Jahres die Konjunktur geradezu in ihr Gegenteil verkehrt hat.

Oesterreich. Trotzdem die Krone seit vielen Monaten stabilisiert ist und sich besonders in der letzten Zeit als viel wertbeständiger erwiesen hat, als ein großer Teil der Währungen einzelner der Garantien, hat sich die Preisbewegung in Oesterreich keineswegs dieser Entwicklung angepaßt. Obwohl der Kursstandard der Krone heute nicht unbedingt höher ist als bei Beginn des Wiederaufbauprogramms, ist die Teuerung im Lande unaufhaltsam fortgeschritten. Gewiß ist, an dem Maßstab der Indexsteigerung vor der Genfer Tagung gemessen, das Ansteigen der Indexziffern der letzten Zeit nicht beträchtlich, da aber Oesterreich nicht mehr Inflationpolitik betreibt, so bedeutet eine Indexerhöhung auch nur um wenige Prozent ein Gefahrenmoment allererster Ordnung. Seit Beginn dieses Jahres ist das Lebenshaltungsniveau langsam, aber unaufhaltsam gestiegen. Unbestreitbar ist Oesterreich heute das teuerste Land der Welt; die in diesem Jahre völlig verwaisten österreichischen Sommerfrischen reden eine deutliche Sprache! Die Folgen der Teuerung sind ständige Lohnerhöhungen, denen sich auch der Staat nicht entziehen kann. Daß hierdurch letzten Endes eine neue Belastung des österreichischen Budgets entstehen muß, liegt auf der Hand, denn die Aufbringung aus Steuern und sonstigen Staatseinkünften kann, da die Bezüge der Angestellten und Beamten sich heute noch nicht auf den jetzigen Valutastandard aufgewertet sind, nicht entsprechend gesteigert werden. Der Staat geht mit Tarif erhöhungen voran, die Produzenten folgen sofort, wie die Heraussetzung des Brotpreises bezeugt!

Amerika. Die vom Zensurbureau in Washington auf Grund der Meldungen von 22 Bundesstaaten provisorisch ermittelte Geburtenzahl für 1922 beträgt 22,7 für tausend Einwohner, gegen 24,4 im Jahre 1921. Die höchste Geburtenziffer weist mit 30,2 Nord-Carolina, die niedrigste mit 18 der Staat Washington auf. Gleichzeitig hat die Sterblichkeitszahl im letzten Jahre, verglichen mit 1921, zugenommen: im Durchschnitt von 33 Bundesstaaten belief sich die Sterblichkeitsziffer für 1922 auf 11,9 pro tausend Lebende gegen 11,6 im Jahre 1921; die höchste Sterblichkeitsziffer meldete mit 14,7 Maine, die niedrigste mit 8,1 Idaho. (F. P. S.)

Verantwortlich für den Inhalt: H. Ochelscheger, Mülheim-Ruhr. Verlag: Friedrich von Ende, Köln am Rhein. Druck: H. Wagner & Co., Berlin-Marionendorf, Chausseestr. 28.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich einmal. Zu beziehen durch alle Bezirks-Organisationen. **Zuschriften für die Redaktion an H. Reichardt, Berlin-Marionendorf, Kurfürststr. 34. Goldendungen an Postfachbüro Berlin NW. 7, Nr. 117766 (Emit. Buch.)** Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117766 (Emit. Sach). Versand unter Strichband in Deutschland 300 000 Mk. und nach dem Auslande 500 000 Mk. monatlich.

Herrn Hilferdings Aengste.

Die Kommunistische Arbeiter-Internationale und Moskau.

Die Führer der Sozialdemokratie haben es geschafft. Die große Koalition, Herrn Eberts jahrelange Sehnsucht, ist da. Diesen echt sozialdemokratischen Reichspräsidenten ist es sogar gelungen, gegenüber dem Widerspruch aus eigenen Reihen, das Verbleiben Oellers, als Reichswehrvertrauensmann, durchzusetzen. Ein besserer Bock konnte nicht zum Gärtner gesetzt werden.

Doch Spaß beiseite, dieser Geblir ist wirklich der für die Sozialdemokratie bestmögliche Mann. Ebert weiß ganz genau, daß die Sozialdemokratie ohne die Arbeiter im Ernstfall überhaupt nicht mehr sitzen kann.

Er weiß ganz genau, daß die Sozialdemokratie ohne die Verbindung mit der Bourgeoisie auf die Dauer nicht mehr existieren kann. Er weiß ganz genau, daß Lohnkämpfe und Revolten, Stürme gegen den Bestand des deutschen Staates sich häufen und an Stärke vervielfachen werden.

Und dieser satte, buhlig energische Kleinbürger mit proletarischer Vergangenheit, der gleich allem ausgeprägten sozialdemokratischen Führern seine eigene Existenz nur noch in unteilbarem Zusammenhang mit dem Staat und der Nationalhymne, d. h. der Kultur des Kapitalismus in Deutschland zu sehen im Stande und willens ist, würde sich als kompletter Narr vorkommen, sollte er die Reichswehr und ihr ähnliche Organisationsform irgend einem unsicheren, schlappen Ansehensrepublikaner oder gar Sozialisten anvertrauen, der im gegebenen Augenblicke womöglich nicht die Energie aufbringen würde, rücksichtslos, wie er selbst, Standrecht über zu lassen.

Der Schwätzer und Kommunist Richard Müller wollte nur über seine Leiche den Weg frei geben. Er war ein Phrasier. Dieser Kleinbürger redet nicht darüber, aber seinem Handeln liegt diese Kalkulation als selbstverständlich zu Grunde. Es mag manchem noch seltsam erscheinen, aber es ist zur Tatsache geworden: die als monarchistisch und sonst was verschriene Reichswehr etc. ist geschichtlich bereits echt sozialdemokratisch. Bollwerk gegen die Revolution. Ohne Reichswehr keine S.P.D.

Im übrigen mögen sich denkmale und verschleierte Proletarier es sagen lassen, daß die Sozialdemokratie weiß, daß es ernst, wirklich ernst für sie steht. Die Sozialdemokratie wird rücksichtslos auf sie schießen lassen, anders noch als im harmlosen 1918 und 1919.

Als vor drei Wochen die Koalition durchgesetzt war, jubelte der „Vorwärts“ auf. Hoffnungsvolle Ueberschriften wurden die Regel und als der Reichstag gar sämtliche Steuern genehmigte, mußte er gestehen, daß die sozialdemokratischen Sanierungsforderungen so gut wie restlos durchgesetzt seien. Der Dollar fiel auf die Mitte der eben erklärten Leiter zurück.

Herr Hilferding, dieses wahrhaft würdige intellektuelle Pendant zu Herrn Ebert, wie geschaffen zum Halbleben eines Schauspiels typisch kapitalistischer Physiognomie, erschien und hielt seine „im In- und Ausland viel beachtete“ Finanzrede. Der Inhalt der Rede ist in der Tat charakteristisch. Sie enthält nämlich alle Elemente jener blutigen Tragikomödie, die als Sozialdemokratismus anzusprechen ist und zuletzt in folgendem Dogma, würdevoll der Lebensweisheit des Rusterischen Onkel Bräsig, daß Armut von der Pöttevie kommt, gipfelt: „Wir wollen wieder aufbauen (den Kapitalismus, weil Sozialismus unmöglich); der Wiederaufbau ist auch möglich; das größte Hindernis besteht aber darin, daß der Kapitalismus kapitalistisch handelt.“ Das ist der einzige Grundsatze, den die Sozialdemokratie seit dem Kriege hat, er kehrt in immer neuer Variation wieder, von Scheidemann bis jetzt zu Hilferding.

Das Programm der Sozialdemokratie aber bringt sie nur tiefer hinein, nicht einen einzigen Schritt heraus. Geringe Steuern sind zwecklos und hohe Steuern sind sinnlos. Sie müssen und werden von einer kranken Wirtschaft, direkt oder indirekt, auf tausend Arten abgewälzt werden.

Die wertbeständige Anleihe, die Zwangssammlung eines Devisenfonds ist nichts anderes als die Kampferinspritzung bei einem Sterbenden. Sie bedeuten neue Schulden, d. h. sehr schnell verdoppelte Schwäche. Solche Maßregeln entspringen nur der Angst nach einer Atempause, in der dann das Wunder der Rettung kommen soll.

Und wie steht es mit der Sachwertverwertung? Erstens gehören die Sachwerte schon zu einem großen Teil internationalen Konzernen, zweitens ist die Idee der Sachwertverwertung durch den bürgerlichen Staat als eine Art Staatskapitalismus oder Staatssozialismus eine ganz neue ökonomisch realistische Auffassung, die nur verparlamentarisierten politischen Stoff zum Reden bieten kann, aber jeden Sinn verliert, wenn sie nicht verbunden ist mit restloser Erledigung des kapitalistischen Systems, drittens aber, und das ist entscheidend in diesem Augenblicke, sie bedeutet — immer von „Wiederaufbau“, also vom Kapitalismus aus gesehen — verschärfte Produktionsverminderung. Also genau wie alle anderen schönen Forderungen eine weitere Abmottung der schon genügend abmotteten Produktion.

Herankommen wird also bei diesen Hilferdingen, nicht; oder doch, aber etwas anderes, das Gegenteil nämlich, und die Anzeichen sind schon da: Aufhebung der Kohlensteuer, Abschaffung der Ausfuhrabgaben etc., also eine kleine Atempause für die Industrie und weiterer Abbau des famosen Staates.

Für den Kapitalismus in der Regierung ist freilich die Sozialdemokratie in der Koalition eines anderen Zweckes wegen notwendig: Sie soll Preilbuck sein gegen die revolutionäre Proletariat.

Und sie wird es sein. Sie soll helfen beim weiteren Lohnabbau, bei weiterer Durchbrechung des Achtstundentages etc. Und sie wird helfen. Sie soll bei Revolten schießen. Und sie wird schießen. Sie soll die Verantwortung für die Ruhrkapitalpation tragen, helfen als Hausknecht, daß die internationalen kapitalistischen Gauner zum Geschäft kommen, helfen, daß sie dabei günstige Bedingungen ergattern. Und sie wird helfen.

Die Sozialdemokratie als solche ist am Ende ihres Lebens. Sie beschleibt sich bereits selbst durch den gewiß berufenen Mund ihres Kautsky, daß sie die letzte „verfassungsmäßige“ Regierung sein wird. Hoffen wir das!

Die Sozialdemokratie ist schwer niedriger geworden. Hinter ihr drängt Moskau, drängen russisch-kapitalistische Interessen. Der „Vorwärts“ wird wieder giftig wie Ende 1918 nach einer langen Spanne satten Betagens.

Die Sozialdemokratie ist am Ende. Es sieht danach aus, als ob das Proletariat sich jetzt noch nicht die revolutionäre Kraft aufbringt, endgültig mit allem parlamentarisch reform-

immer weniger ausweichen kann, die Stück für Stück vom festen Boden der ökonomischen Betrachtung weg auf den wüsten Tümmelplatz politisch-parlamentarischer Spiegeleffekteiten und Tageskämpfe getrieben wird, kann die ganz banale Tatsache übersehen, oder muß sie übersehen, daß nämlich der „moderne“ Staat nur so lange für den Kapitalismus Bedeutung haben kann, als er die kapitalistischen Interessen, also den kapitalistischen Profit vertritt, daß er antistatlich sein muß, wo dieser Profit abgeschnitten werden soll.

Hieraus allerdings folgt alles weitere. Die Sozialdemokratie ist entweder so dumm oder so demagogisch, daß sie immer erneut aus lächerlichen Papierpekulationen und Dividendengeschichten, aus rein fiktiven Geldmanipulationen den Beweis erbringen möchte, der Industrie etc. glinge es noch glänzend. Hierbei verwechselt sie aber den Luxus und das Parasitentum von ein paar Tausend mit der Produktion selbst, die total zerrütet und zusammengeschmolzen ist. Sie vergißt, daß die Kapitalisten diesen Zustand genau kennen, daß sie sich komplett vertriebt vorfinden müßten, ja als Verbrecher am Kapitalismus, an ihrer eigenen Weltanschauung, wenn sie bei klarer Erkenntnis solches „Geschäfts“ nicht zwei Eisen in Feuer hielten und zu retten versuchten, was für sie zu retten ist.

Das Programm der Sozialdemokratie aber bringt sie nur tiefer hinein, nicht einen einzigen Schritt heraus. Geringe Steuern sind zwecklos und hohe Steuern sind sinnlos. Sie müssen und werden von einer kranken Wirtschaft, direkt oder indirekt, auf tausend Arten abgewälzt werden.

Die wertbeständige Anleihe, die Zwangssammlung eines Devisenfonds ist nichts anderes als die Kampferinspritzung bei einem Sterbenden. Sie bedeuten neue Schulden, d. h. sehr schnell verdoppelte Schwäche. Solche Maßregeln entspringen nur der Angst nach einer Atempause, in der dann das Wunder der Rettung kommen soll.

Und wie steht es mit der Sachwertverwertung? Erstens gehören die Sachwerte schon zu einem großen Teil internationalen Konzernen, zweitens ist die Idee der Sachwertverwertung durch den bürgerlichen Staat als eine Art Staatskapitalismus oder Staatssozialismus eine ganz neue ökonomisch realistische Auffassung, die nur verparlamentarisierten politischen Stoff zum Reden bieten kann, aber jeden Sinn verliert, wenn sie nicht verbunden ist mit restloser Erledigung des kapitalistischen Systems, drittens aber, und das ist entscheidend in diesem Augenblicke, sie bedeutet — immer von „Wiederaufbau“, also vom Kapitalismus aus gesehen — verschärfte Produktionsverminderung. Also genau wie alle anderen schönen Forderungen eine weitere Abmottung der schon genügend abmotteten Produktion.

Herankommen wird also bei diesen Hilferdingen, nicht; oder doch, aber etwas anderes, das Gegenteil nämlich, und die Anzeichen sind schon da: Aufhebung der Kohlensteuer, Abschaffung der Ausfuhrabgaben etc., also eine kleine Atempause für die Industrie und weiterer Abbau des famosen Staates.

Für den Kapitalismus in der Regierung ist freilich die Sozialdemokratie in der Koalition eines anderen Zweckes wegen notwendig: Sie soll Preilbuck sein gegen die revolutionäre Proletariat.

Und sie wird es sein. Sie soll helfen beim weiteren Lohnabbau, bei weiterer Durchbrechung des Achtstundentages etc. Und sie wird helfen. Sie soll bei Revolten schießen. Und sie wird schießen. Sie soll die Verantwortung für die Ruhrkapitalpation tragen, helfen als Hausknecht, daß die internationalen kapitalistischen Gauner zum Geschäft kommen, helfen, daß sie dabei günstige Bedingungen ergattern. Und sie wird helfen.

Die Sozialdemokratie als solche ist am Ende ihres Lebens. Sie beschleibt sich bereits selbst durch den gewiß berufenen Mund ihres Kautsky, daß sie die letzte „verfassungsmäßige“ Regierung sein wird. Hoffen wir das!

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Zuschriften für die Redaktion und Expedition sowie Geldsendungen aller Art an H. Reichardt, Berlin-Mariondorf, Kurfürstendamm 34.

„Ordnung und Frieden“

Trotz aller Begeisterung für die deutsche Nation und ihre Ehre von Seiten der Moskauer Kommunisten, wird der passive Widerstand an der Ruhr und was sonst damit zusammenhängt, aller Voraussicht nach in Kurzem erledigt. Erledigt durch das internationale Kapital. Das Großraubzeug, das Hyänen, Schakale und alles sonstige Raubgesindel der Welt wild sich einfänden.

Herr Stresemann scheint es geschafft zu haben, geschafft nämlich, hinter einem immer neuen Wort in Worten nach Möglichkeit vor dem Hörnlein der sogenannten Öffentlichkeit zu verstecken, daß die Regierung jetzt das tun muß, was sie seit acht Monaten nicht tun wollte.

Die Sozialdemokratie begrüßt hochherzigt die letzte Rede Stresemanns, die diese Liquidation vollzieht. Diese Rede hat, scheint es, auf sie gewirkt, wie eine Stramonizigarette auf den am Ersticken keuchenden Asthmatiker. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Was der Reichskanzler vorschlägt, ist eine Lösung. Sonst gibt es überhaupt keine. Denn die besondere Ausbeutung des Rhein- und Ruhrlandes auf Reparationskonto und die gleichzeitige Belastung der übrigen deutschen Wirtschaft mit Reparationslasten bedeutet das politische wie das wirtschaftliche Chaos. Auf diesem Wege könnten zwar territoriale Ansprüche einer übermächtigen Macht befriedigt, aber nicht Ordnung und Frieden wiederhergestellt werden.“

Die Sozialdemokratie ist also befriedigt. Sie hat oder glaubt doch eine Atempause gewonnen zu haben. Sie inderst sich so befriedigt, wie sie es tat bei ihrem Eintritt in die Regierung und Annahme ihres — wie sie selbst sagte — gesamten Sanierungsprogramms. Was ist aus dem gewöhnlichen Steuerzahler, der angeblich keinerlei Konzeptionen gestattete, geworden? Vor einiger Zeit schon las man im „Vorwärts“:

„In einer Besprechung der Abordnung der bayerischen Landesparlamentarier beim Reichskanzler wurde der Protest der bayerischen Landwirtschaft gegen die neuen Reichsteuern besprochen. Die Vertreter wiesen darauf hin, daß die neuen Steuern für die Landwirtschaft nicht tragbar seien. Dr. Stresemann wies demgegenüber auf die allgemeine Lage hin. Es komme eben darauf an, alle Kräfte anzuspähen. Der gleichsam anwesende Finanzminister gab zu, daß die neuen Steuern gewisse Härten mit sich bringen. Es soll eine Abmilderung hinsichtlich der Zahlungstermine erfolgen.“

Und Herr Stresemann, der doch das gesamte Kabinett, einschließlich Sozialdemokraten, vertritt, sagt:

„An die Finanzämter sind bereits Anordnungen ergangen, nicht erträgliche Härten zu beseitigen, Stundung und evtl. Erlaß zu schaffen. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht.“

Und was ist aus der Devisenverordnung, dem Lieblingskind dieser vernagelten Normen, geworden? Herr Reichardt, der Mann aus dem Währungsausschuß, verrät es in der Ultpresse:

„Der Devisenkommissar ist ein Mann, der gewiß vieles kann. Aber noch viel, viel mehr nicht darf. Sein Wirkungskreis ist von vornherein beschränkt auf die Durchstößer der Taschen. Aber da, wo wirklich Devisen sind, nämlich bei den Auslandsbeteiligungen, da hat er nichts zu sagen. Und er darf auch da nicht tätig sein, wo die Aufgabgabe eines außerordentlichen Kommissars besonders ersichtlich wäre, nämlich bei der Prüfung von Auslandszahlungen daraufhin, ob es sich nicht um konstruierte Schulden und Tochtergesellschaften deutscher Unternehmer oder um ähnliches handelt. Der Devisenkommissar darf auch nicht was in diesem Sinne als Erfolg der „Wiederinfuhr“, aber diesmal mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Regierung.“

Welche Lösung empfiehlt nun aber Herr Stresemann? Er sagt:

„Gewiß muß auch gefordert werden, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Das heißt sowohl die Frage der Arbeitslosen als auch die Frage der Arbeitslosen. Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der hergebrachten Produktion in sich selbst in Deutschland zu ermöglichen ist.“

Und wenn dann der „Ausmaß des Allgemein-Deutscher Gewerkschaftsbundes“ als seine „Entschädigung“ vorläufig:

„Zahlreiche Arbeiter und Angestellte werden dauernd ihren jetzigen Beruf verlassen müssen, in dem sie zum Teil ihrer Arbeit nicht mehr teilhaben werden. Da die Unzulänglichkeit an Arbeitskräften bei den Jugendlichen und Un-erfahrenen vorzunehm ist, sind diese zuerst (auch nach dem anderen D. Z.) zum Berufswechsel, nötigenfalls auch zum Ortswechsel zu veranlassen.“

So ist das alles ganz eindeutig. Und die Proletarier sollten wirklich endlich verstehen, daß allein mit ihrer verschärften

Handlung der Arbeitergruppe der R.K.P. (B.)

stischen Gesindel aufzuräumen, als ob es auch noch erst eine Zeitlang im trüben Sumpf der Moskauer politischen Schacherer herumtrotzen würde.
Das wird viel Blut und Tränen kosten.
Wir haben alle Kraft darauf zu konzentrieren, diese Gefahr aufzulösen, den Sozialdemokratismus dieser vom Kapitalistischen Rußland ausgehenden Revolutionsschmarotzer mit allen Mitteln entgegenzutreten und vom Boden der Union aus, vom Boden der 4. Kommunistischen Arbeiter-Internationale der reinen proletarischen Klassenrevolution den Weg zu bahnen.

An das deutsche Proletariat!

Arbeiter! Klassengenossen!
Mit Lawinenwucht stürmen die Verhältnisse auf Euch ein, mit Skorpionen peitscht man Euch aus Euren Träumereien! Seht Euch endlich den Zusammenbruch der kapitalistischen Profitwirtschaft!

Hört Ihr das Besten der Grundpfeiler jener bürgerlichen Gesellschaft?
Seht, daß sich nichts gebessert hat an der Wirtschaftslage der hochkulturellen Länder. Wohin Ihr blickt, Produktionsstreckung, Betriebsstilllegungen und die immer wachsende Heere der Arbeitslosen. Katastrophal ist der Niedergang der Produktion in der Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs, der nicht seine Ursache in der Ruhrbesetzung hat, sondern durch diese nur treibend beeinflusst wurde! Während der Weltmarkt an Produktion erstickt, die Läger mit Waren überfüllt sind, hungert und friert Ihr!

Noch nie ist der Ausbeutungsgrad so stark gewesen wie in dieser Situation.
Die systematische Geldentwertung ist die Goldgrube des Kapitals.
Schon ist der Arbeitslohn der Proletarier soweit gedrückt, daß Menschenkraft billiger denn Maschinenkraft arbeitet.
Wollt Ihr diesen Raubbau länger an Euch betreiben lassen?

Wollt Ihr mit der kapitalistischen Gesellschaft an ihren Widersprüchen zu Grunde gehen?
Werft endlich die Illusionen über Bord, die alle Reformisten in Euch erwecken, als ob der Kapitalismus jemals aus dieser Krise heraus käme. Er steigert seinen Profit nur noch durch Herabsetzung der Reallohn und Teuerung der Preise durch Boykottierung der Warenmärkte, durch Zurückhalten von Waren aller Gattungen.

Wollt Ihr Euch von den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft begraben lassen?
Könnt Ihr zusehen, wie Eure Kinder verhungern? Niemand könnt Ihr solches wollen!
Niemand könnt Ihr Euch zum willenlosen Werkzeug Eurer Ausbeuter machen!

Niemand aber auch dürft Ihr zum Spielball von Politikanten und Kriechhügeln werden!
Laßt Euch nicht mehr unnebeln von der Phrase der Demokratie. Nie ist das Proletariat mehr geknechtet worden, nie haben die Büttel des Kapitals sich brutaler gezeigt, als unter der Maske „Demokratie“. Endlich wird Euch die Erinnerung an die Teuflung und Treibung der Preise durch Boykottierung der Warenmärkte, durch Zurückhalten von Waren aller Gattungen.

Ihr dürft nicht mehr glauben an eine Arbeiterregierung, die in größter Not vielleicht die kapitalistische Gesellschaft retten wird, wie es die Volkbeauftragten von 1918 taten.
Proletariat! Auch Euch ist längst der Glaube an die Gewerkschaftsmethoden verloren gegangen. Die Geldentwertung hat auch die Illusion der Lohnforderungen geraubt. Der Verrat der Gewerkschaftsinstanzen an den proletarischen Kämpfen hat Euch die Augen geöffnet. Niemehrer werden jene zu Werkzeugen des Klassenkampfes, nie werden Führer Euch aus Euren Fesseln befreien. Geht den Gewerkschaften und Parlamentarierpartei den wohlverdienten Fußtritt, werft sie auf den Schutthaufen der Geschichte!

Oebiterisch fordert die Geschichte Euch selbst auf den Plan, um Eurer Befreiung den Weg zu bahnen. Schon seid Ihr gezwungen, Euch über die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft hinwegzusetzen, die in Widerspruch zu Euren Selbsterhaltungsgesetzen stehen. Ihr zieht auf zu Protestdemonstrationen gegen die Teuflung und verlangt Wirtschaftshilfen. Weiter vor marschieren Arbeiter, die zur Besetzung der Betriebe und betriebsweiser Beschlagnehmung von Lebensmitteln übergehen. Passive Resistenzen, Streiks und Aufstand sind die Sturmzeichen der Zeit!

Nicht mehr vermögen die Versprechungen der Bourgeoisie Euch zu bannen, nicht mehr ist es der V.S.P.D. und den Gewerkschaften möglich, Euch zu zügeln. Zersplitterung der Kämpfe und die Lesartearbeit der K.P.D. waren die Ur-

Stinnes und die Franzosen als Kompagnons.

Das französische Kapital hat einen bedeutenden Schritt vorwärts getan nach dem Ziel, die österreichische Industrie zu kontrollieren. Die Union Européenne Industrielle et Financière von Paris hat mit der Niederösterreichischen Eskomptgesellschaft ein Abkommen geschlossen zur Förderung und Finanzierung industrieller Unternehmen in Oesterreich und dem Balkan. Die Pariser Union übernimmt einen bedeutenden Teil der Eskomptgesellschaft. Die Union ist eine „Holding“-Gesellschaft, welche u. a. auch die bekannte Firma Schneider-Cresloz für kontinentalen Erdölgeschäft finanziert. Die anderen bedeutenden französischen Banken, die mit der Union verbunden sind, sind der Crédit Lyonnais und die Banque de l'Union Parisienne. Durch die Union erwarb Schneider unmittelbar nach dem Kriege die Mehrheit der Aktien der Skodawerke in Pilsen. Weitere Erwerbungen der Union sind die Berg- und Hüttenwerkstatt, die Veitche Magnesitwerke in Steiermark und die ungarische Creditbank. Weiter finanziert sie den Bau des ausgedehnten Eisenbahnnetzes von Csepel in der unmittelbaren Nähe von Budapest und hat sich die Konzession für die Errichtung großer Munitionswerke in Südbanien erworben. Ihr Programm ist sehr ehrgeizig. Sie beabsichtigt die industriellen Unternehmen des österreichischen Staates und diejenigen der Stadt Wien zu finanzieren. Für den ersten Fall kommt die Errichtung großer Wasserkraftwerke in Frage, für welche die französische Industrie die Röhrenleitungen, Turbinen usw. liefern soll. Für Wien handelt es sich um die Elektrifizierung der Untergrundbahn, die Erbauung neuer Wohnhäuser, Docks und Häfen an der Donau usw.

Bedeutender als alle diese Pläne ist die Tatsache, daß die Union durch die Übernahme von Eskomptgesellschaften sich indirekt auch einen Sitzpunkt in dem wichtigsten österreichischen Eisen- und Stahlkonzern der Alpine-Montana-Gesellschaft errungen hat und damit zugleich in einigen der oberste-

sache des Abnehmens und Niederschlagens der revolutionären Welle. Ihr, die Ihr nicht wagt zu kämpfen, wie es Eure Klassengenossen in Krefeld begannen, die Ihr den Mut nicht hattet, Euer Leben in die Schanze zu schlagen, die Ihr kleingläubig wart und glaubtet, daß Ihr noch etwas zu verlieren habt, die darauf hörte, als Euch die K.P.D. sagte: „Kampft!“, noch nicht Generalstreik, wartet auf die anderen, — Ihr tragt die Schuld, wenn diese Kämpfe vergeblich waren, wenn sie niedergeschlagen wurden.

Niemals mehr hört auf die Phrasen der K.P.D. Schaut jenen auf die Finger und schlagt ihnen aufs Maul, wenn sie es wieder wagen, Euch bei Euren Schlägen in den Arm zu fallen.

Lernt aus der Geschichte, daß es notwendig ist, die Klassenfront aus dem Streben heraus zusammen zu fassen, wie es das Beispiel der Allgemeinen Arbeiter-Union Euch zeigt. Die Klassenorganisation des Proletariats ist in den Betrieben verankert, dort wo die Ausbeutung zum Handeln treibt, wo nicht Postenjäger-Eure Initiative hemmen. Dort wählt Aktionsausschüsse zur Zusammenfassung und Führung Eures Befreiungskampfes.

Kämpft nach den ungesetzlichen Klassenkampfmethoden, die Euch die Kommunistische Arbeiter-Partei lehrt.
Nie mehr dürft Ihr Kämpfenden zurufen: Ihr müßt warten, ihr dürft noch nicht handeln.
Endlich wacht auf, rüttelt die Träumenden, treibt die Zaghaften, feuert die Kleingläubigen an.
Laßt Euch nicht mehr ködern durch die Bissen, die das Kapital Euch hinwirft. Zeigt Eure Zähne den Verrätern.

Für Euch gilt heute nur der Kampf für die Diktatur des Proletariats, für die kommunistische Gemeinwirtschaft, für das Räteystem!
Nicht länger laßt auf Euch einschlagen, nie mehr seid Amboss, werdet Hammer, schlagt zurück!
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Parteitag! Parteitag!

Der H.A. der K.A.P.D. ruft den Parteitag ein auf den 14. und 15. Oktober.

- Er schlägt als provisorische Tagesordnung vor:
1. Politische Lage.
2. Die Aufgaben der K.A.P.D.
3. Die K.A.I.
4. Organisatorisches:
a) Bericht des H.A.;
b) Kassenbericht;
c) Bezirksberichte;
d) Presse;
e) Jugend;
f) V.R.U.K.;
g) Wahlen.
5. Verschiedenes.

Herr Stresemann wünscht Trennung von Geist und Baumwolle.

Herr Stresemann gehört nicht zu denen, die wissen, was es heißt, Woche für Woche auf den Lohn tag zu warten, um dann zu merken, daß man durch Hinzögerung auch noch um einen Teil dieser Dreckpfeiler betrogen wird.
Herr Stresemann kann aber gut darüber reden. Er ist Aufsichtsratsmitglied in ein halb Dutzend großen Gesellschaften und ein großer Parlamentarier.
Herr Stresemann hat auch kürzlich eine große Rede gehalten vor einem Ausschuß des „Schutzkartells“ der notleidende Kulturschicht Deutschlands.“

Diese „Kulturschicht“ besteht aus Rechtsanwälten, Ärzten, Künstlern, Schriftstellern und sonstigen „Freien“.
Herr Stresemann hat sie begrüßt, von der hohen Sittlichkeit der Geistesarbeit gesprochen, ihnen Komplimente gemacht und seine Rede ausklingen lassen in den Satz:

„Auf das geistige Deutschland müssen wir die Aufmerksamkeit der anderen Länder lenken, und nicht immer nur von Eisen, Kohle, Baumwolle und ähnlichen Dingen sprechen.“

Darauf ist die „Kulturschicht“ wieder abgezogen, hoffentlich befriedigt und kann nun darüber nachgrübeln, wie sie fürderhin noch besser als bisher den Geist von der Baumwolle trennt und mit ihrem Kulturbewußtsein ohne Kohle zum Winter den Ofen beizt.

Vielleicht, daß dabei einem und dem andern der Gedanke kommt, wie gut doch eigentlich Herr Stresemann persönlich es verstanden hat, Geist, Baumwolle, Eisen und Kohle zu vereinen.

Doch genug, wir wollen ja nur darauf hinweisen, daß diesem Herrn Stresemann, dem Vertrauensmann von Ebert und Gerlach, einige Fehler unterlaufen sind.

Einmal ist ihm nicht zum Bewußtsein gekommen, daß die Geistigkeit und Sittlichkeit dieser „Kulturschicht“ seit Jahrzehnten in immer stärkerem Grade und heute endgültig und ausschließlich zu Exponenten von Baumwolle, Eisen und Kohle geworden ist. Kultur und ihre sogenannten Träger sind gerade von Herrn Stresemanns Kreisen zur reinen Handelsware gestempelt und werden in der jetzigen Krise als überproduziert in den Winkel geschoben, wo sie verfaulen mögen. Freilich, man kann sich trösten, die überwiegende Zahl dieser „Kulturschicht“ hat wie Herr Stresemann Geist und Baumwolle schon zu vereinen gewußt, von den prachtvollen Kriegszügen an bis zu den sattgewordenen Gerhard Hauptmann und Richard Strauß.

Und diejenigen, die revolutionieren, revolutionieren zumeist nicht um der versinkenden Sittlichkeit und Kultur willen, sondern weil sie vom kämpfenden Proletariat an die Seite gedrückt werden und ihre privilegierte Standesstellung verloren haben.

Und darüber hinaus ist festzustellen, daß Herrn Stresemanns Kreise samt ihrer Kulturschicht, die Herr Stresemann Kultur mehr zu schaffen im Stande sind, ihre Kultur nichts anderes mehr als die Maske, die die Raubtierfrazze verschleiern soll. Alles, was sie reden, dient ganz und ausschließlich dem einen Zweck: Machtkampf um die Verteilung der Profite.

Die Bourgeoisie hat ihre geschichtliche Rolle ausgespielt. Uebrig bleibt angetautes Gesindel. Man muß es totschiagen.

Aus der Partei.

Am 26. fand eine Reichswirtschaftsratsitzung der A.A.U. statt. Sie beschäftigte sich mit wesentlichen mit organisatorischen Fragen. Das Erscheinen der Presse wurde durch die gleichzeitige Besetzung des Saales durch die Mitglieder durch Unlage im Voraus zu dem Zweck ausgeschlossen.

Aus fast sämtlichen Bezirken wurde berichtet, daß in der letzten Zeit die Proletarier sich aus dem Sumpf aufrücken beginnen. Das Treiben der K.P.D. ergibt überall das gleiche trostlose Bild.

Die Aufgabe der A.A.U. in dieser Situation, jeder Art Reformismus sich auf's äußerste entgegenzusetzen unter verstärkter Propaganda für die Klassenbewußtseinsentwicklung, wurde erneut scharf betont.

Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß die Trennung von der Berliner Richtung — ganz zu schweigen von den wilden total reformistischen Entartungen in Düsseldorf etc. — durchaus aufrecht erhalten werden muß. Gerade ihre sozialdemokratische Führeinstellung hat sie in der entscheidenden Frage nach Wesen und Taktik der Union in offenen Gegensatz zur Essener Richtung gebracht. Die Berliner erkennen nicht, daß Organisationen wie K.A.P. und Union Hilfsinstrumente sind, die im geschichtlichen Fluß bestimmte Kristallisationen darstellen zur Durchführung bestimmter Sanierungsprogramme. Was ist aus dem gewöhnlichen Steuerzahler, der angeblich keinerlei Konzeptionen gestattete, geworden? Vor einiger Zeit schon las man im „Vorwärts“:

„In einer Besprechung der Abordnung der bayerischen Landesparlamentarier beim Reichskanzler wurde der Protest der bayerischen Landwirtschaft gegen die neuen Reichsteuern besprochen. Die Vertreter wiesen darauf hin, daß die neuen Steuern für die Landwirtschaft nicht tragbar seien. Dr. Stresemann wies demgegenüber auf die allgemeine Lage hin. Es komme eben darauf an, alle Kräfte anzuspähen. Der gleichsam anwesende Finanzminister gab zu, daß die neuen Steuern gewisse Härten mit sich bringen. Es soll eine Abmilderung hinsichtlich der Zahlungstermine erfolgen.“

Und Herr Stresemann, der doch das gesamte Kabinett, einschließlich Sozialdemokraten, vertritt, sagt:

„An die Finanzämter sind bereits Anordnungen ergangen, nicht erträgliche Härten zu beseitigen, Stundung und evtl. Erlaß zu schaffen. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht.“

Und was ist aus der Devisenverordnung, dem Lieblingskind dieser vernagelten Normen, geworden? Herr Reichardt, der Mann aus dem Währungsausschuß, verrät es in der Ultpresse:

„Der Devisenkommissar ist ein Mann, der gewiß vieles kann. Aber noch viel, viel mehr nicht darf. Sein Wirkungskreis ist von vornherein beschränkt auf die Durchstößer der Taschen. Aber da, wo wirklich Devisen sind, nämlich bei den Auslandsbeteiligungen, da hat er nichts zu sagen. Und er darf auch da nicht tätig sein, wo die Aufgabgabe eines außerordentlichen Kommissars besonders ersichtlich wäre, nämlich bei der Prüfung von Auslandszahlungen daraufhin, ob es sich nicht um konstruierte Schulden und Tochtergesellschaften deutscher Unternehmer oder um ähnliches handelt. Der Devisenkommissar darf auch nicht was in diesem Sinne als Erfolg der „Wiederinfuhr“, aber diesmal mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Regierung.“

Welche Lösung empfiehlt nun aber Herr Stresemann? Er sagt:

„Gewiß muß auch gefordert werden, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Das heißt sowohl die Frage der Arbeitslosen als auch die Frage der Arbeitslosen. Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der hergebrachten Produktion in sich selbst in Deutschland zu ermöglichen ist.“

Und wenn dann der „Ausmaß des Allgemein-Deutscher Gewerkschaftsbundes“ als seine „Entschädigung“ vorläufig:

„Zahlreiche Arbeiter und Angestellte werden dauernd ihren jetzigen Beruf verlassen müssen, in dem sie zum Teil ihrer Arbeit nicht mehr teilhaben werden. Da die Unzulänglichkeit an Arbeitskräften bei den Jugendlichen und Un-erfahrenen vorzunehm ist, sind diese zuerst (auch nach dem anderen D. Z.) zum Berufswechsel, nötigenfalls auch zum Ortswechsel zu veranlassen.“

So ist das alles ganz eindeutig. Und die Proletarier sollten wirklich endlich verstehen, daß allein mit ihrer verschärften

Der Kampf um die Wiener Banken.

Unter dieser tragischen Überschrift schildert eine große deutsche kapitalistische Tageszeitung, welche ungeheuren Profite einzelne Kapitalisten mit Hilfe galanter Schiebungen bei der Auflösung Oesterreichs einheimen:
Auf dem Wiener Bankmarkt spielen sich sehr intensive Kämpfe ab, die in Gegenangriffen sehr alter Verhältnisse. Der Name Cypriot ist in Deutschland geläufig, denn es ist noch in frischer Erinnerung, wie dieser im vorigen Jahre große Posten von Anteilen der Berliner Handelsgesellschaft zu steigenden Kursen zusammenkaufte und eines Tages an Karl

Fürstenberg seine Visitkarte präsentierte. Fürstenberg wollte von einer Verbindung mit Cypriot nichts wissen und so blieb nichts anderes übrig, als daß Hugo Stinnes das Aktienpaket mit einem enormen Nutzen für den ersten Erwerber übernahm und dann in die Berliner Handelsgesellschaft einzog. Cypriot, ein junger Mann von 33 Jahren, ein Kriegsgewinner türkischer Abkunft, hat dann den Schauplatz seines Wirkens nach Wien verlegt und über eine Million Kredittaktien sehr billig zusammengekauft. Ueber seine Absichten hat er sich niemals geäußert, seit Besitz war aber derart, daß er die feste Position der Rothschilds als Herren der Creditanstalt zu bedrohen schien. Auch hier blieb nichts anderes übrig, als daß Rothschild die Aktien gleichfalls mit einem Milliarde Gewinn für den erfolgreichen Faiseur übernahm. Ein ähnlicher Angriff ist jetzt gegen die Bodencreditanstalt erhoben, von der aber abgeschlagen worden. Bei der Bodencreditanstalt bestanden keine festen Majoritätsverhältnisse. Morgan und Schröder hatten große Posten von Aktien erworben, es scheint aber, daß diese auswärtigen Konsortien ihrer Besitz nicht festgehalten, sondern wieder weitergegeben haben. So konnte es geschehen, daß Siegmund Bosel, der neue Präsident der Unionbank, in aller Stille hunderttausende von Aktien zusammenkaufte und die Majorität zu bedrohen schien. Die Karten wurden ihm jedoch von der Bodencreditanstalt aus der Hand geschlagen. Einmaliges nahm das Institut eine Kapitalvermehrung vor, wodurch die Verwaltung sich die Majorität sicherte, andererseits wird aber der magere Minoritätenrat, den das Statut der Bodencreditanstalt dadurch gewährt, daß zu einer Beschlußfassung über eine Kapitalvermehrung oder eine Statutenänderung eine Mehrheit von drei Viertel notwendig ist, gewaltsam aufgehoben und verflüchtigt, daß auch solche, welche mit einfacher Mehrheit gefaßt werden können. Wenn also eine Minorität von einem Viertel der Aktionäre einer Kapitalvermehrung widerspricht, so hätte diese nach dem Statut der Bodencreditanstalt genügt, um diese Kapitalerhöhung unmöglich zu machen. In Zukunft wird einfache Mehrheit darüber entscheiden.

die Genossen, die diese Leitungsinstanz bilden, sind unbedingt abzuordnen. Auch Reichardt, die Entwicklung der KAP-Taktik in Russland, am 5. Baum...